

Artikel aus der Jungen Welt vom 17.02.2007:
(<http://www.jungewelt.de/2007/02-17/054.php>)

Bleiberecht kaum umgesetzt
Proteste in mindestens 16 Städten angekündigt
Von Reimar Paul

Hundert Tage nach der Übereinkunft der deutschen Innenminister über ein Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge wollen Initiativen in ganz Deutschland gegen die ihrer Ansicht nach schleppende Umsetzung der Regelung protestieren. In mindestens 16 Städten seien in diesen Tagen Demonstrationen und Kundgebungen geplant, teilte der Göttinger Arbeitskreis Asyl am Freitag mit. In der Unistadt selbst wollen Flüchtlinge und ihre Unterstützer am 22. Februar zur Ausländerbehörde im Rathaus ziehen.

In der Stadt und im Kreis Göttingen hätten bislang erst vier von insgesamt 1129 geduldeten Flüchtlingen ein Bleiberecht erhalten, kritisierte der Arbeitskreis. Die Regelung der Innenminister sei »eine Aneinanderreihung von Ausschlusskriterien«. Zudem nutzten die örtlichen Behörden vielfach ihre Ermessensspielräume, um die Zahl der Begünstigten noch kleiner zu halten.

So erhielten auch Großfamilien erst ein Bleiberecht, wenn sie vollständig und ohne zusätzliche Leistungen ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten: »Das setzt Einkommen voraus, die unmöglich zu erreichen sind«, sagte ein Arbeitskreis-Sprecher.

Als weiteres Problem nennen Initiativen, daß die Paßbeschaffung Voraussetzung für eine Arbeitserlaubnis sei. Bekämen die Flüchtlinge dann trotzdem keinen Arbeitsplatz, liefen sie Gefahr, durch die Beschaffung der Ausweispapiere bei ihrer eigenen Abschiebung mitzuhelfen. Viele geduldete Flüchtlinge werden zur Zeit nur deshalb nicht abgeschoben, weil ihre Identität und ihr Herkunftsland unklar sind.

Nach jahrelangem Streit um das Bleiberecht hatten sich die Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern im November auf eine Teillösung verständigt. Danach können zunächst diejenigen Geduldeten ein Bleiberecht bekommen, die ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, mindestens acht Jahre in Deutschland leben und nicht straffällig geworden sind. Bei Familien mit schulpflichtigen Kindern ist ein Aufenthalt von sechs Jahren Voraussetzung. Politiker der großen Koalition haben eine weitergehende gesetzliche Bleiberechtsregelung in Aussicht gestellt.